

## Presseinformation

### Zeitenwende erreicht das Kuratorium der Stiftung Offshore-Windenergie

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) tritt dem Kuratorium der Stiftung Offshore-Windenergie bei. Der Beitritt unterstreicht die massiv gestiegene Bedeutung von Fragen der maritimen Sicherheit und zum Schutz der kritischen maritimen Energieinfrastruktur sowie die Notwendigkeit der verstärkten Kooperation zwischen Privatwirtschaft, Militär und Sicherheitsbehörden, um diesen Schutz zu gewährleisten.

**Berlin/Hamburg, den 29.01.2025**

„Die maritimen (Energie-)Infrastrukturen gewinnen mehr und mehr an systemischer Bedeutung. Gleichzeitig verzeichnen wir zunehmende hybride Angriffe durch staatliche sowie nicht-staatliche Akteure. Der Schutz dieser kritischen Infrastrukturen rückt daher verstärkt in den Fokus der deutschen Sicherheitsbehörden. Die deutschen Streitkräfte leisten hierzu einen wichtigen und verlässlichen Beitrag.

Das BMVg und die Bundeswehr beteiligen sich national und im NATO-Rahmen an vielfältigen Schutzmaßnahmen. Dazu gehören der Beitrag für ein multilaterales und ressortübergreifendes Lagebild sowie die Erhöhung der Präsenz in Nord- und Ostsee für die Abschreckung. Ein weiterer zentraler Baustein ist dabei eine verstärkte Zusammenarbeit mit den zivilen Betreibern dieser Infrastrukturen, nicht zuletzt mit Blick auf den „Operationsplan Deutschland.

Die Aufnahme in das Kuratorium der Stiftung Offshore-Windenergie wird die Vernetzung und den strukturierten Austausch zu Sicherheitsfragen zwischen der Offshore-Branche, den Betreibern und den Ressorts weiter fördern. Entsprechend freuen wir uns über den erfolgreichen Beitritt und darauf, die ausgezeichnete bisherige Zusammenarbeit mit der Stiftung auf diesem institutionalisierten Weg fortzusetzen,“ so Ministerialrat Michael Kniepen, der das Verteidigungsministerium zukünftig im Stiftungskuratorium vertreten wird.

Durch den Ausbau der Offshore-Windenergie von ca. 9 GW Ende 2024 (ca. 1.600 Offshore-Windenergieanlagen) auf mindestens 70 GW im Jahre 2045 entsteht in den kommenden zwei Jahrzehnten ein substanzieller Teil der klimaneutralen Stromproduktion Deutschlands in den Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ,

200-Seemeilen-Zone) des Landes. Bis dahin soll die Windenergie auf See fast ein Drittel des heimisch erzeugten Bruttostroms liefern. In Kombination mit den nicht weniger ambitionierten Ausbauabsichten der weiteren Nord- und Ostsee-Anrainer (bis zu 300 GW Offshore-Wind allein in der Nordsee), den Plänen zur massiven Vermaschung der europäischen Netze über Offshore-Knotenpunkte sowie der Vision zur industrieskalierten Produktion von grünem Wasserstoff auf See (nebst dem Ausbau der dazugehörigen Pipeline-Infrastruktur), sollen sich die nordeuropäischen Gewässer laut dem erklärten politischen Willen der Anrainerstaaten zum ‚Grünen Kraftwerk Europas‘ entwickeln.

Die Intensivierung des Offshore-Ausbaus trifft dabei in den vergangenen Jahren auf eine zunehmend angespannte geopolitische Gemengelage, die auch in Nord- und Ostsee ihren Widerhall findet. So gab es in der jüngeren Vergangenheit diverse Anschläge auf oder vermutete Sabotageakte an maritimen (Energie-)Infrastrukturen, bspw. die Nord-Stream-Pipelines im September 2022, Balticconnector im Oktober 2023, Glasfaserkabel im November 2024 oder Unterseestromkabel im Dezember 2024.

Unmittelbare Anschläge auf die Offshore-Wind-Infrastruktur in Nord- und Ostsee hat es bisher glücklicherweise nicht gegeben, jedoch kann laut Recherchen verschiedener Teams von Investigativ-Journalisten (zuletzt „Russian Spy Ships“) davon ausgegangen werden, dass mit Militärtechnik ausgestattete, als zivile Schiffe getarnte russische Marineeinheiten seit Jahren gezielt Informationen über Offshore-Windparks, Pipelines sowie Strom- und Netzwerkkabel sammeln. Auch hat es Vorfälle unerlaubter Einfahrten solcher Schiffe in die Sicherheitszonen von Offshore-Windparks in verschiedenen Ländern wie Deutschland, Dänemark und den Niederlanden gegeben.

„Die sektorübergreifende Vernetzung relevanter Akteure bei Themen von essenzieller Bedeutung für die Offshore-Windenergie ist eine Kernaufgabe unserer Stiftung. Bei kaum einem Thema ist diese Vernetzung aktuell wichtiger als beim Schutz der kritischen maritimen Energieinfrastruktur“, stellt Karina Würtz, Geschäftsführerin der Stiftung Offshore-Windenergie, fest. „Nur eine intensivierte Zusammenarbeit und ein zielgerichteter Informationsaustausch zwischen Sicherheits- und Wirtschaftskreisen werden bei den herausfordernden Bedingungen auf dem Meer sowie komplexen Zuständigkeiten und Akteurskonstellationen zu effektiven Maßnahmen führen. Den Beitritt des Bundesministeriums für Verteidigung als einen der zentralen staatlichen Akteure in diesem Bereich in unser Kuratorium sehen wir als Auszeichnung und Bestätigung unserer Arbeit in den vergangenen drei Jahren und werden diese zum Nutzen der gesamten Branche weiter intensivieren.“

### [Hintergrund / über die Stiftung Offshore-Windenergie](#)

Das Kuratorium ist das wichtigste Entscheidungsgremium einer Stiftung. Es entscheidet über die Leitlinien der Stiftungsarbeit im Einklang mit der Satzung, Satzungsänderungen, beruft Präsidium und Vorstand und entscheidet in letzter Instanz über Finanzfragen.

Die Stiftung Offshore-Windenergie wurde 2005 zur Förderung des Umwelt- und Klimaschutzes durch eine verbesserte Erforschung und Entwicklung der Windenergie auf See gegründet. Gemäß ihrer Funktion und Satzung verfolgt sie diese Ziele als überparteilicher, überregionaler und sektorenübergreifender Thinktank.

Anders als in Verbänden, die als unmittelbare Interessenvertretung der dort organisierten Akteursgruppen fungieren, unterstützen Neu-Kuratoren durch ihren Beitritt die unabhängige und ganzheitliche Entwicklung der Offshore-Windenergie und des damit verbundenen maritimen Sektors.

Die Stiftung Offshore-Windenergie ist Kommunikations- und Netzwerkplattform für Akteure aus Politik, Wirtschaft und Forschung. Letztere deckt sie mit einem fast 30 Akteure umfassenden Wissenschaftlichen Beirat ab, dem zum Ende des Jahres auch die renommierten Alfred-Wegener- und Thünen Institute für Seefischerei beigetreten sind.

Im über 100 Akteure umfassenden Stiftungskuratorium sind neben dem nun beigetretenen Bundesverteidigungsministerium, auch die Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie Digitales und Verkehr (BMDV), und die für Energie zuständigen Ministerien (oder Äquivalente) der fünf norddeutschen Bundesländer, von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg vertreten. Weiterhin gehören dazu Betreiber von Offshore-Windparks, Hersteller, Übertragungsnetzbetreiber, Zulieferer, Häfen, maritime, Industrie- und Energie-Verbände sowie Banken und Versicherungen wie die KfW-IPEX.